

Der Vorsitzende wies zum Einstieg darauf hin, dass die Nordbrücke mit der ab 2012 anstehenden Sanierung zu einem bedeutsamen „Nadelöhr“ werde, das die Region - vor allem im Berufsverkehr - bewältigen müsse.

Abg. Bausch bestätigte, das sei in der Tat ein Aspekt, der die Menschen in starkem Maße betreffe. Er erinnerte daran, dass das Thema „Individualverkehr“ bereit seit 25 Jahren in der Region diskutiert werde, ohne dass hier über die großen Projekte Einigkeit erzielt werden konnte. Dies sei aber eine Grundvoraussetzung, um die Umsetzung wirkungsvoller Maßnahmen erreichen zu können. Die Ist-Situation sei geprägt von Staus und Verkehrskollaps. Darüber hinaus zeigen alle Prognosen auf, dass hier eine Wachstumsregion sei. Es müsse also davon ausgegangen werden, dass sich die Situation noch verschlechtere. Hinzu kommen weitere Verkehre, wie der Güterverkehr, die die Autobahnen, wie z.B. die A 565 und andere überregionale Strecken in zunehmendem Maße in Anspruch nehmen. Auch das werde die Stausituation noch verschärfen. Ab 2012 komme es dann durch die Komplettsanierung der Nordbrücke für die Dauer von 4 Jahren zu weiteren Beeinträchtigungen auf diesem Teilabschnitt. Alle Gesichtspunkte zusammen genommen erfordern eigentlich ein schnelles Handeln. Aber wie jeder wisse, könne die Gesamtsituation nur durch Großprojekte verbessert werden und das sei ein langwieriger Prozess. Das Mindeste, was wir als Region zur Beschleunigung von Maßnahmen beitragen könnten, sei der feste Wille zur Zusammenarbeit und dass man nach außen die Bereitschaft signalisiere, über alle Partei- und Kommunalgrenzen hinweg, gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten. Dabei sollten alle unvoreingenommen an das Thema herangehen und nicht bereits im Vorfeld bestimmte Maßnahmen ausschließen. Hilfreich könnte dabei auch das vom Landesbetrieb Straßen NRW vor einiger Zeit erstellte, aber noch nicht veröffentlichte Gutachten sein. Er hoffe, dass dies bis zur nächsten gemeinsamen Sitzung vorliege.

Stv. Esser erklärte, der Rat der Stadt Bonn habe sich bereits vor einiger Zeit deutlich gegen die Südtangente ausgesprochen, die Herausnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan sowie als alternative Entlastungsmöglichkeit den 6-spurigen Ausbau der bestehenden Autobahn gefordert. Auch unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Situation des Bundes halte die Stadt Bonn die Konzentration auf die Option des 6-spurigen Ausbaus für eine vernünftige Lösung.

Stv. Fenninger ergänzte, der von Herrn Stv. Esser angesprochene „deutliche Beschluss“ des Stadtrates sei seinerzeit gegen die Stimmen der Mehrheitsfraktion CDU gefasst worden. In Berlin und Düsseldorf sei es nicht gut angekommen, dass man hier in der Region unterschiedliche Auffassungen zur Individualverkehrsplanung hatte. Nach seiner Meinung hätte die Stadt Bonn zumindest Alternativlösungen aufzeigen müssen. Durch diese Vorgehensweise habe man sich die Finanzierung über den Bundesverkehrswegeplan ohne Not zunichte gemacht. Er bekräftigte deshalb noch einmal die Bitte des Abg. Bausch, dieses Thema jetzt gemeinsam, wertfrei und offen zu prüfen. Darüber hinaus unterstütze er den Wunsch, dass das Gutachten des Landes nunmehr endlich allen Betroffenen zur Verfügung gestellt werde. In dem Gutachten sei die ganze Region geprüft worden. Möglicherweise enthalte es größere Lösungsansätze, die auch die Diskussion in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis ein Stück weit voran bringen könnte. Er halte es deshalb für sinnvoll, einen entsprechenden gemeinsamen Appell an die Landesregierung bzw. den Landesbetrieb Straßenbau zu richten. Als weitere Diskussionsgrundlage könnte man dann auch noch die Untersuchung der Stadt Bonn zum Verkehrsentwicklungsplan heranziehen.

Abg. Metz stellte klar, seine Fraktion glaube nicht, dass die Südtangente und der Ennertaufstieg eine Lösung für die Verkehrsprobleme wären. Andererseits könne man die Verkehrsprobleme nicht wegdiskutieren. Man brauche eine zukunftsorientierte Lösung für die Region. Deshalb sei es nicht zielführend, dass jeder auf seinem Standpunkt beharre. Es müsse einen Neustart in der

Diskussion und im fachlichen Umgang mit diesem Thema geben. Wichtig sei jetzt, gemeinsam, möglichst schnell die Diskussion wieder aufzunehmen. Es müssen vernünftige, realisierbare Maßnahmen geprüft werden und keine Zukunftsvisionen, die sich vielleicht in zwanzig Jahren umsetzen lassen. Darüber hinaus müssen auch multimodale Ansätze in der Diskussion berücksichtigt werden. Die Menschen kommen nicht immer nur mit einem Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz. Oft ist eine Kombination aus mehreren Mobilitätsmöglichkeiten die richtige Lösung. In der kommenden Diskussion müssten auch mal verschiedene Maßnahmen von der Finanzierbarkeit gegenübergestellt werden. Er hoffe, dass mit dem Gutachten des Landesbetrieb Straßen NRW und dem Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Bonn demnächst zwei Grundlagen zur Verfügung stehen, die einen Diskussionsprozess anstoßen können, der dann auch zu einer Lösung führe.

SkB Decker äußerte, der Ratsbeschluss gegen die Südtangente habe immer noch Bestand. Das Problem der massiven Verkehrsbelastung, insbesondere hinter der Friedrich-Ebert-Brücke auf der Beueler Seite, sei damit natürlich nicht gelöst. Nach Auffassung des Bürgerbund Bonn müsse von dort aus eine Querverbindung bis zur A 3 geschaffen werden, damit der Siebengebirgsraum tatsächlich eine zentrale Entlastung erfahre. Durch den Wegfall der Südtangente bekomme die Umfahrung von Bonn über die A 565 eine ganz andere Verkehrsbedeutung. Dies sei auch in der heutigen Vorlage unter dem Punkt „Offene Probleme“ angesprochen. Der Bürgerbund habe seinerzeit ganz klare Anträge zum 6-spurigen Ausbau der Autobahn, zumindest zwischen Lengsdorf und dem Nordknoten, gestellt. Er würde es sehr begrüßen, wenn es in diesem Gremium hierzu ein klares Votum geben würde. Denn dies sei nicht nur ein innerstädtisches Bonn-Problem. Auch der Rhein-Sieg-Kreis, der über die A 565 eng mit seinen linksrheinischen Kommunen verknüpft sei, leide unter dem Engpass, der im Übrigen in den nächsten Jahren durch den Ausbau der Universität in Poppelsdorf auch noch verstärkt werde. Die Gebietskörperschaften in diesem Gremium sollten sich gemeinsam für eine Bereinigung dieses Engpasses aussprechen und Land und Bund bitten, den Ausbau der Autobahn wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen.

Abg. Kusserow resümierte, wichtig sei die Feststellung, dass es im Rhein-Sieg-Kreis eine Verkehrsbelastung gebe, die für die Betroffenen kaum noch hinnehmbar sei und dass die Region aufgerufen sei, diese Situation zu ändern. Der Siebengebirgsraum fühle sich von der Region ziemlich allein gelassen. Wenn in den nächsten Jahren die Diskussion über die verschiedenen Alternativen geführt werde, komme es letztlich auch zu entsprechenden Beschlüssen, die den Verkehr anders leiten und dadurch andere Kommunen belasten. Die politischen Vertreter der jeweils zu belastenden Gebiete müssten dann den Mut aufbringen, die Beschlüsse mitzutragen. Er sei gespannt, ob die Region dann noch gemeinsam zusammenstehe.

Stv. Lohmeyer knüpfte an die Ausführungen seines Vorredners an und betonte, natürlich dürfe nicht übersehen werden, dass es jeweils Betroffene gebe. Durch die Belastungen, die durch die täglichen Arbeitsfahrten nach Bonn entstehen, fühlen sich auch die innerstädtischen Wohngebiete in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Dennoch sollte es bei einer Diskussion keine Denkverbote und Vorbehalte geben. Die Grundsatzpositionen seien bekannt, allerdings könnten Argumente auch überzeugen. Dazu könnten auch die im Verkehrsgutachten enthaltenen Aspekte zählen, auf die alle warten. Er warne allerdings davor, sich irgendwelchen Hoffnungen hinzugeben, dass die Probleme in den nächsten Jahren lösbar seien. Hier müsse man sich sicherlich auf längere Zeiträume einstellen, da die finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt seien. Er sehe aber die Dringlichkeit, dass die Region sich jetzt schon Gedanken mache. Insbesondere könne man nicht unbedacht neue Wohngebiete zulassen, die schlecht angebunden seien. Dadurch verursache man weitere Belastungen auf den Straßen. Die Tatsache, dass wir hier eine Wachstumsregion haben, sei erfreulich, müsse aber gleichzeitig

verantwortungsbewusst begleitet werden. Das Thema Infrastruktur müsse gemeinsam gelöst werden und sollte auch Gegenstand der nächsten Sitzungen sein.